



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 38. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. Dezember 2024, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Patrick Pender (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Wiebke Zweig (CDU)

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beate Raudies (SPD), in Vertretung von Birgit Herdejürgen

Christopher Vogt (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Sybilla Nitsch (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der 1. Wissenschaftsministerkonferenz in Köln am 21. November 2024 und über die künftige Ausrichtung der Berufsfachschule I und III	5
2. Bericht der Bildungsministerin „PerspektivSchule: Kurs 2034. Das Startchancen-Programm in Schleswig-Holstein“	9
3. Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsangebots zu Erste-Hilfe-Maßnahmen an Schleswig-Holsteins Schulen	12
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/2317	
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2369	
4. Auf das Mathematik-Debakel 2024 reagieren	13
Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW Drucksache 20/2578	
Masterplan Mathematik der Landesregierung konsequent fortsetzen und weiterentwickeln	13
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2615	
5. Medienbildung an Schulen braucht solide Grundlagen	14
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2583	
Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln	14
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2694	
6. Finanzielle Bildung für bessere Chancen	15
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2669	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2689	
Vielschichtige Finanzbildung ist bereits heute fester Bestandteil von Schulen	15
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2696	

7.	Fachkräfte- und Ausbildungssituation sowie Umsetzungsstand von Strategien zur Fachkräftegewinnung im Bereich von Kindertageseinrichtungen, Ganztagsbetreuung und Jugendhilfe	16
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2433	
8.	Information/Kennntnisnahme	17
	Umdruck 20/3917 – Lehrkräftebedarfssimulation Umdruck 20/3945 – Startchancen-Programm	17
9.	Verschiedenes	18

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Änderung gebilligt, dass Tagesordnungspunkt 1 auf Wunsch der FDP erweitert und Tagesordnungspunkt 3 auf Wunsch des SSW erneut verschoben wird.

1. Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der 1. Wissenschaftsministerkonferenz in Köln am 21. November 2024 und über die künftige Ausrichtung der Berufsfachschule I und III

Zunächst berichtet Bildungsministerin Prien über die Ergebnisse der konstituierenden Wissenschaftsministerkonferenz, in der die Konferenz ihre Aufgaben definiert habe. Die Konferenz beschäftige sich beispielsweise mit folgenden Themen: Universitätsmedizin, Künstliche Intelligenz, Personalstruktur der Hochschulen, Forschungssicherheit, Überarbeitung der Akkreditierungsverordnung. Daneben gebe es den Wissenschaftsrat, der der Politik Empfehlungen gebe und das Wissenschaftssystem begutachte, und die Gemeinsame Wissenschaftsministerkonferenz (GWK), die sich mit der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bereich der Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik befasse. Auf eine Frage des Abgeordneten Vogt stellt sie klar, dass sich Schleswig-Holstein bei der Entwicklung der Studierendenzahlen im bundesdeutschen Mittelfeld bewege. 900 Meldungen der Fachhochschule Westküste seien irrtümlich nicht berücksichtigt worden; die endgültigen Studierendenzahlen würden im März 2025 veröffentlicht.

Sodann berichtet die Ministerin auf Wunsch der FDP über die künftige Ausrichtung der Berufsfachschule I und III. Anknüpfend an die Ausschusssitzung in der letzten Woche führt sie aus, man werde den Übergang zwischen Schule und Beruf reformieren. Man denke in insgesamt acht Teilbereichen über Reformschritte nach. Entscheidend sei, dafür Sorge zu tragen, dass Jugendliche schneller und zielgerichteter in den Beruf kämen. Das Konzept zum Übergang werde zurzeit erarbeitet.

Nach der Fachkräfteprognose fehlten bis 2035 rund 325.000 Fachkräfte, davon zwei Drittel Fachkräfte, die im Bereich der dualen oder vollschulischen beruflichen Ausbildung ausgebildet würden. Es gehe vor allem darum, junge Menschen zu unterstützen, früher in die für sie richtige duale oder vollschulische Ausbildung zu gehen.

Im Berufsfachschule-I-System, das aus einer Unterstufe und einer Oberstufe bestehe, hätten Schülerinnen und Schüler, ohne einen konkreten Beruf zu erlernen, die Möglichkeit, nach dem

ESA den MSA zu erwerben und erst dann in eine berufliche, vollschulische oder sonstige Ausbildung zu gehen. Den MSA könne man allerdings auch in BIK-DaZ oder AVSH erwerben und selbstverständlich im Rahmen der dualen oder vollschulischen Berufsausbildung.

Man habe intensive Gespräche mit den Kammern, Wirtschaftsverbänden und anderen geführt und wolle das Augenmerk darauf richten, dass junge Menschen schneller in Ausbildung kämen, verbunden mit einer besseren Begleitung.

Es gehe um eine weiter verbesserte berufliche Orientierung, eine bessere Integration von Studienabbrechern in die Ausbildung, eine verbesserte Integration geflüchteter (insbesondere älterer) Menschen in die Ausbildung – hier arbeite man mit der Bundesagentur für Arbeit und dem BAMF an neuen Instrumenten –, die Verbesserung des schulischen Übergangs im Bereich der überbetrieblichen Lehrgangsunterweisungen und der Lernortkooperationen, auch beim Jugendaufbauwerk.

Beim Umbau im Bereich der Berufsfachschule I werde man zum nächsten Schuljahr erste Schritte gehen und die Schülerinnen und Schüler statt in die Unterstufe der BFS I in die AVSH-M (mit Zusatzunterricht zum Erreichen des Mittleren Schulabschlusses) einschulen. Alle Schülerinnen und Schüler, die in die BFS I wollten, kämen in die BFS I. Gegen den Willen der Schülerinnen und Schüler werde es nicht zu Kapazitätsreduktionen kommen. Wenn Schülerinnen und Schüler es vorzögen, in eine duale Ausbildung zu gehen, werde man das begrüßen und gemeinsam mit den Kammern bewerben. Man werde die Oberstufe perspektivisch erhalten, damit die Schülerinnen und Schüler, die nach wie vor zwei Jahre im Übergangssystem bleiben wollten, das auch könnten.

Die Ministerin räumt ein, dass es im Rahmen der Schulleiterdienstversammlung der Beruflichen Schulen vor zweieinhalb Wochen zu einer nicht sehr glücklichen Kommunikation gekommen sei. Man wolle dem Wunsch der Schulleitungen entsprechen, zu individuelleren Lösungen kommen zu können; dazu fänden zurzeit weitere Gespräche statt. Im Januar 2025 werde man nach Abstimmung mit allen beteiligten Akteuren zu endgültigen Lösungen kommen und diese veröffentlichen. Zu den anderen Teilprojekten werde man bis zum Ende des ersten Quartals 2025 konzeptionelle Vorstellungen vorlegen.

Abgeordneter Vogt kritisiert, dass mit dem Wegfall der Unterstufe der BFS I eine Bildungsmöglichkeit gestrichen werde und damit ein wertvolles Instrument zur Orientierung und Ausbildungsvorbereitung verloren gehe.

Minister Prien erwidert, die Überlegungen zur BFS III seien noch nicht abgeschlossen; hier gehe es darum, Kapazitäten abzuschmelzen. Ziel der Reform des BFS I sei, dass durch eine stärkere praktische Orientierung mehr junge Menschen schneller den Weg in die duale Ausbildung fänden und im Rahmen der dualen Ausbildung die Möglichkeit hätten, den MSA zu erreichen. Die Betriebe kümmerten sich heute noch stärker um ihren Nachwuchs. Zur Verbesserung der Berufsvorbereitung gebe es eine Vielzahl von Maßnahmen; man müsse weiter daran arbeiten, die Berufsfelderprobung an den Gemeinschaftsschulen zu erweitern, den Zugang zu Berufen möglichst früh zu ermöglichen und Praktikamöglichkeiten auszuweiten.

Auf Fragen des Vorsitzenden räumt die Ministerin noch einmal ein, dass die Kommunikation und Beteiligung in diesem Reformprozess nicht ausreichend gewesen sei und in angemessener Weise nachgeholt werde. Bis 2030 müssten im Bereich der Berufsbildenden Schulen 200 Stellen eingespart werden. Durch eine Weiterentwicklung des Übergangssystems und eine verbesserte Zusammenführung der Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und des BAMF entstehe Einsparpotenzial. Das AVSH sei stärker praktisch ausgelegt als das BFS I und habe zum Ziel, junge Menschen dafür zu gewinnen, eine duale Ausbildung zu beginnen. Die erweiterte Form AVSH-M gebe es bereits an einigen Berufsbildenden Schulen, und die Überführung der BFS I ins AVSH habe an einigen Orten im Land längst begonnen. Dieser Prozess solle jetzt beschleunigt vollzogen werden.

Abgeordnete Nitsch hält es angesichts des Fachkräftemangels und der Heterogenität der Schülerschaft für wichtig, verschiedene Ausbildungswege in der Fläche vorzuhalten, und warnt davor, durch Zentralisierung und Stellenstreichungen die Ausbildungsqualität zu verschlechtern.

Abgeordneter Krüger macht darauf aufmerksam, dass viele Schulen die Weiterentwicklung bereits vollzogen hätten und mit dem eingeschlagenen Weg gute Erfahrungen machten. Er regt an, als Ausschuss einmal eine Berufsbildende Schule zu besuchen.

Der Bildungsausschuss fasst ins Auge, das Thema Reform des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf in der nächsten Sitzung, am 16. Januar 2025, fortzusetzen und im Sommer 2025 eine Berufsbildende Schule zu besuchen.

2. Bericht der Bildungsministerin „PerspektivSchule: Kurs 2034. Das Startchancen-Programm in Schleswig-Holstein“

Ministerin Prien berichtet, in Schleswig-Holstein seien zum 1. August 2024 135 Schulen als „PerspektivSchule: Kurs 2034. Das Startchancen-Programm in Schleswig-Holstein“ an den Start gegangen: 63 bisherige PerspektivSchulen, sieben Schulen aus dem auslaufenden Bund-Länder-Programm „Schule macht stark“ und 65 nach dem Sozialindex neu ausgewählte Schulen (Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, erstmals zwei Gymnasien sowie AVSH- und BIK-DaZ-Lerngruppen der Beruflichen Schulen). Kernziel des Programms sei, die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards nicht erreichten, in den nächsten zehn Jahren zu halbieren. Dafür wolle man schulische Entwicklungsprozesse, die Lernerfolg und Kompetenzentwicklung – gerade auch im sozial-emotionalen Bereich – stärken, ebenso fördern wie Demokratiebildung und Berufsorientierung. Die ehrgeizigen Ziele werde man nur erreichen, wenn man auf allen Systemebenen entsprechende Weiterentwicklungen und Unterstützungsstrukturen schaffe, im Rahmen eines lernenden Schulsystems, an dem auch Schülerinnen und Schüler als Akteure beteiligt seien (Schülerfeedback).

Das Programm verfüge über drei Säulen. Für Investitionen werde für zehn Jahre eine Summe von 120 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, an denen sich der Bund mit 70 Prozent und Länder und Kommunen mit 30 Prozent beteiligten. Die entsprechende Förderrichtlinie werde am 16. Dezember 2024 veröffentlicht; vorzeitiger Maßnahmebeginn sei im Juni 2024 gewesen; die Mittel seien übertragbar.

Mit dem Chancenbudget stünden den Schulen jedes Jahr Mittel für die Maßnahmen und Instrumente zur Verfügung, die für ihre besonderen Bedarfe von Bedeutung seien. Das Land werde den Schulen einen „Warenkorb“ von Maßnahmen zur Verfügung stellen, aus dem sie auswählen könnten (das adaptive Mathematik-Lernsystem Bettermarks habe man allen Schulen zur Verfügung gestellt, datenschutzgeprüfte KI-Lizenzen, Diagnostikinstrumente mit integrierten Förderprogrammen, selbstadaptive Lernsysteme).

In der dritten Säule gehe es um Personal. Man unterstütze die Schulen, Verträge abzuschließen.

Frau Lehnert, Leiterin des Referats PerspektivSchulen im Startchancen-Programm im Bildungsministerium, ergänzt zur ersten Säule, man habe die Investitionsmittel, die über die Investitionsbank fließen, schülerzahlbezogen auf die Schulträger als Budgets aufgeteilt. Die Förderquote liege bei 70 Prozent, die Kommunen erbrächten 30 Prozent.

Herr Daus, stellvertretender Leiter des Referats PerspektivSchulen im Startchancen-Programm im Bildungsministerium, teilt zur zweiten Säule mit, man nehme eine Standortanalyse vor und wolle auf die Unterrichtsentwicklung einwirken, indem man den Schulen Tools zur Verfügung stelle, die sie unterstützen, Schülerindividualdiagnostik zu betreiben. Dabei orientiere man sich an den Empfehlungen von Dr. Anne Sliwka, Professorin für Schulpädagogik („Das lernende Schulsystem“).

Sodann erläutert Frau Lehnert die dritte Säule, den Aufbau des multiprofessionellen Teams. Man begleite die Schulen bei der Weiterentwicklung ihrer Strukturen und ihres Personals, mit denen sie zunächst weiterarbeiten könnten. Man habe bereits im Sommer 2024 Auftaktveranstaltungen für Schulen und Schulträger durchgeführt. Für die Schulen, die bisher nicht Teil des Programms gewesen seien, habe man spezielle Veranstaltungsformate entwickelt (Ankerplätze). Ein Coach begleite die Schulen. Die Schulen, die mit dem Förderprogramm schon Erfahrungen gesammelt hätten, seien „Liegeplatz-Schulen“. In den „Heimathäfen“ würden die Schulaufsichten und Schulleitungen mitgenommen. Man sei dabei, eine Kommunikationsstrategie und FAQs zu entwickeln, um alle an Schule Beteiligten mitzunehmen (Schülerinnen und Schüler, Eltern, soziales Umfeld), und wolle 2025 Videosprechstunden einführen.

Herr Daus fährt fort, das Startchancen-Programm werde wissenschaftlich begleitet, unter anderem von Professor Dr. Kai Maaz, Geschäftsführender Direktor des DIPF. Bei der wissenschaftlichen Begleitung gehe es vor allem um die Steuerungsstruktur, die in Schleswig-Holstein in die richtige Richtung gehe. Die bevorstehende Evaluation drohe extrem datenhungrig zu agieren.

Ministerin Prien äußert, man erhoffe sich von dem Prozess (Vernetzungsstrukturen, KI-gestützte Systeme) die Weiterentwicklung des gesamten Schulsystems. Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet sie, die bundesweite Steuerungsgruppe werde ihre Arbeit Anfang 2025 aufnehmen. In Schleswig-Holstein würden wesentliche Entscheidungen in der Steuerungsgruppe unter Leitung von Staatssekretärin Dr. Stenke und unter Einbeziehung von IQSH und

SHIBB getroffen. Bei der Umsetzung der Programmziele gebe es einen engen Austausch zwischen Schulen und Schulaufsicht. Das Programm werde nach fünf Jahren evaluiert; wenn die Ergebnisse nicht zufriedenstellend seien, müssten Nachjustierungen vorgenommen werden. Der Schulträger/die Kommunalpolitik entscheide über die Verteilung der Investitionsmittel. Den Sozialindex werde man zeitnah veröffentlichen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden stellt Herr Daus klar, die Bertha-von-Suttner-Schule in Geesthacht erhalte für die Säulen 2 und 3 jährlich jeweils einen Betrag von 130.000 Euro.

Frau Lehnert teilt mit, die Länder seien gegenüber dem Bund rechenschaftspflichtig für alle drei Säulen und müssten mithilfe der Schulträger in einem sehr aufwendigen Berichtswesen nachweisen, dass die Mittel zweckgebunden eingesetzt worden seien.

Bildungsausschuss und Bildungsministerium kommen überein, dass das Ministerium einmal jährlich über den Umsetzungsstand des Programms berichtet.

3. Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsangebots zu Erste-Hilfe-Maßnahmen an Schleswig-Holsteins Schulen

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/2317](#)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2369](#)

(überwiesen am 18. Juli 2024 an den **Bildungsausschuss** und Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/3682](#), [20/3694](#), [20/3763](#), [20/3822](#), [20/3826](#),
[20/3832](#), [20/3878](#), [20/3879](#), [20/3882](#), [20/3883](#),
[20/3903](#), [20/3932](#), [20/3933](#), [20/3934](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch des SSW erneut verschoben.

4. Auf das Mathematik-Debakel 2024 reagieren

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD und SSW

[Drucksache 20/2578](#)

Masterplan Mathematik der Landesregierung konsequent fortsetzen und weiterentwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

[Drucksache 20/2615](#)

(überwiesen am 20. November 2024)

Ministerin Prien weist auf die Maßnahmen des Masterplans Mathematik hin.

Herr Dr. Niemann, Leiter des Referats Gymnasien, Prüfungsamt für Lehrkräfte im Bildungsmi-
nisterium, erwähnt die Intensivierung der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, das QuaMath-
Programm, die Analyse der Aufgaben der Abschlussarbeiten, die Gespräche und Zielverein-
barungen mit den Schulen und die neuen Fachanforderungen.

Der Vorsitzende und Abgeordnete Waldinger-Thiering fragen nach Erkenntnissen darüber, in-
wieweit sich Lehrkräfte einer Schule fortgebildet hätten und wie groß der Fortbildungsbedarf
einer Schule in einem bestimmten Fach sei.

Ministerin Prien bekräftigt das Ziel, solche Daten mittelfristig mit einer entsprechenden Soft-
ware und vertretbarem Arbeitsaufwand zu erheben. Die Fortbildung von Lehrkräften sei Ge-
genstand der Gespräche zwischen Schulleitung und Schulaufsicht auf Grundlage der Daten-
blätter.

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss, bis Ende Januar 2025 schriftliche Stellungnah-
men einzuholen.

5. Medienbildung an Schulen braucht solide Grundlagen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2583](#)

Medienbildung stärken und zeitgemäß fortentwickeln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

[Drucksache 20/2694](#)

(überwiesen am 20. November 2024)

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss, bis Ende Januar 2025 schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

6. Finanzielle Bildung für bessere Chancen

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2669](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2689](#)

Vielschichtige Finanzbildung ist bereits heute fester Bestandteil von Schulen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2696](#)

(überwiesen am 20. November 2024)

Einstimmig beschließt der Bildungsausschuss, bis Ende Januar 2025 schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

7. Fachkräfte- und Ausbildungssituation sowie Umsetzungsstand von Strategien zur Fachkräftegewinnung im Bereich von Kindertageseinrichtungen, Ganztagsbetreuung und Jugendhilfe

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/2433](#)

(überwiesen am 21. November 2024 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Bildungsausschuss bittet den federführenden Sozialausschuss, ihn zu dem geplanten Fachgespräch nachrichtlich einzuladen.

8. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/3917](#) – Lehrkräftebedarfssimulation
[Umdruck 20/3945](#) – Startchancen-Programm

Der Ausschuss nimmt beide Umdrucke zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

Die nächste Ausschusssitzung findet am 16. Januar 2025 statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer